



# TRAS Jahresbericht 2023/2024

(Berichtszeitraum April 2023 bis April 2024)

Sie können diesen Bericht auch vom Internet herunterladen. <https://atomschutzverband.ch/>

## Inhalt

<b>1. Rückbauplan für Fessenheim – öffentliche Konsultation</b>	<b>1</b>
<b>2. Schwächung und Verkleinerung der Atomaufsicht in Frankreich</b>	<b>1</b>
<b>3. Prekäre Lage der französischen Atomindustrie</b>	<b>2</b>
<b>4. Schweizer Stromerzeuger wollen keine neuen Beteiligungen</b>	<b>2</b>
<b>5. Neue Atomkraftwerke nur auf Staatskosten</b>	<b>2</b>
<b>6. Situation in Deutschland</b>	<b>3</b>
<b>7. TRAS Aktivitäten und Situation in der Schweiz</b>	<b>4</b>
<b>8. Zahl der Mitgliedschaften</b>	<b>5</b>
<b>9. Zusammensetzung des Vorstands</b>	<b>6</b>

## 1. Rückbauplan für Fessenheim – öffentliche Konsultation

Eine Vertretung von TRAS nahm an verschiedenen Sitzungen der lokalen Informationskommission (CLIS) teil, die sich mit dem Rückbau der beiden Atomreaktoren von Fessenheim beschäftigt. Im Rahmen der öffentlichen Konsultation wurde den französischen Behörden eine Stellungnahme zugestellt. Dabei durfte TRAS auch auf Hinweise der Abteilung Strahlenschutz von Baden-Württemberg im zuständigen Ministerium in Stuttgart zurückgreifen. Unsere Stellungnahme beinhaltete folgende konkreten Begehren:

1. Dem höheren Strahlungsniveau beim Rückbau soll durch entsprechende Massnahmen begegnet werden, indem die Strahlungswerte umfassend, kontinuierlich und synchron («live») via Internet dokumentiert und abrufbar gehalten werden sollen.
2. Es sollte überprüft werden, ob bei einem Flugzeugabsturz Freisetzungen mit grösseren Auswirkungen auftreten können. Für diesen Fall wie auch für die betrachteten Brandereignisse sind die nötigen Vorkehrungen zu treffen.
3. Auch während des Abbaus ist bei Störfällen oder Unfällen eine unverzügliche Information bzw. Alarmierung der Behörden in Deutschland und der Schweiz gemäss den geltenden Informationsvereinbarungen sicherzustellen.
4. Die Öffentlichkeit sollte frühzeitig und genau darüber informiert werden, welche Bauwerksstrukturen im Boden verbleiben. Die Information sollte auch beinhalten, welche Messungen durchgeführt wurden und werden, um die Kontaminationsfreiheit der verbleibenden Strukturen nachzuweisen.

5. Sofern eine Restkontamination vorhanden sein sollte, ist mit Massnahmen und einem Überwachungsprogramm sicherzustellen, dass keine nachteiligen Einflüsse auf die Umwelt auftreten. Sollten Belastungen im Grundwasser nachgewiesen werden, sind die entsprechenden Fundamente vollumfänglich zu entfernen. Im Falle des Verdachts eines Eintrags von Schadstoffen sollten die für Grundwasserschutz zuständigen Behörden grenzüberschreitend informiert werden. Die Electricité de France (EDF) sollte parallel dazu verpflichtet werden, in diesem Fall ihr Messprogramm auf weiter entfernte Messstellen auszuweiten.
6. Anlass zu Sorge bereiten die in Frankreich geltenden Schwellenwerte für Tritium. Für die Überwachung des Grundwassers sollte eine Bestimmungsgrenze für Tritium von 0,11-0,17 Bq/l festgelegt werden, damit auch geringfügige Kontaminationen des Grundwassers erkannt werden.

## 2. Schwächung und Verkleinerung der Atomaufsicht in Frankreich

Nach einem Jahr intensiver politischer Manöver hat die Regierung von Präsident Macron ihr Ziel erreicht, die Fusion des Instituts für Strahlenschutz und nukleare Sicherheit (IRSN) mit der Aufsichtsbehörde für nukleare Sicherheit (ASN) durchzusetzen. Zu den Zielen der Reform gehört die „Beschleunigung der technischen Prüfungs- und Entscheidungsprozesse der ASN“. Die Aufsichtsbehörden scheinen mit der Verlängerung der bestehenden Reaktoren, dem Bau von sechs neuen EPR und mit einer angeblich «neuen Generation von Kernkraftwerken - SMR (kleine modulare Reaktoren) und

AMR (kleine fortgeschrittene Reaktoren)» auf vielen Hochzeiten unterwegs zu sein. Die Zusammenlegung dient dazu, die Arbeitsschritte zu vereinfachen und der Atomindustrie freiere Hand zu lassen.

Die Regierung versuchte zunächst, ihre Reform im Gesetzentwurf zur Beschleunigung der Kernenergie einzubringen, bevor sie am 15. März 2023 von der Nationalversammlung erstmals abgelehnt wurde. Im September 2023 kam der Gesetzentwurf erneut auf den Plan. Die Zusammenlegung wurde am 12. März 2024 von der Nationalversammlung mit einer Stimme Mehrheit (und dank Unterstützung aus dem Lager von Marie Le Pen) verabschiedet, nachdem sie zuvor im Ausschuss für nachhaltige Entwicklung abgelehnt worden war.

**Es ist zu befürchten, dass die Zusammenlegung zu einem Verlust an Unabhängigkeit, zu einem Mangel an Transparenz und Kompetenz und zu überhasteten Entscheiden führen wird.**

### 3. Prekäre Lage der französischen Atomindustrie

Im Berichtsjahr wurden zahlreiche Reparaturen an den alten französischen Atomanlagen vorgenommen, sodass sich die nukleare Stromerzeugung von ihrem Tiefststand im Jahre 2022 etwas erholt hat. Trotzdem sind die Anlagen seither nicht jünger und moderner geworden, und die Situation für die nukleare Versorgungskette und die Sicherheit scheint immer prekärer.

Dies sei anhand einiger Entwicklungen kurz erörtert:

- Die Verschuldung von EDF beläuft sich nach eigenen Angaben auf 64,5 Milliarden Euro. Die Ratingagentur Standard & Poor's, die das Rating für den Kreditnehmer EDF auf "mittel" (BBB) herabgestuft hat, schätzt diesen Betrag eher auf 100 Milliarden. In den versteckten Schulden enthalten sind anstehende Renovations- und Rückbaukosten der alten Atomanlagen. Dazu kommen ungedeckte Kosten für die Abfallentsorgung, deren Höhe nicht bekannt ist.
- Die Regierung Macron beabsichtigt, mindestens sechs weitere Atomreaktoren in absehbarer Zeit zu bauen. Diese kosten laut Regierung 52 Mrd.€, was 8,7 Mrd.€ pro Anlage entsprechen würde. Durch die Nationalisierung der EDF fallen diese Kosten weitgehend oder ganz an den Staat.
- Der französische Staat ist aber bereits zu über 100% des BIP verschuldet, wodurch der staatlichen Förderung Grenzen gesetzt sind. Nicht umsonst wirbt Macron nun dafür, die nukleare Bewaffnung zu «europäisieren». Nach seinen Vorstellungen müsste am besten «Brüssel» für die gesamte nukleare Versorgungskette aufkommen und sich entsprechend verschulden. Die Zulieferung von waffenfähigem Kernmaterial aus der «zivilen» Atomenergie wäre dann wohl inklusive gemeint, und wäre auf Kostenbasis zugunsten von EDF und Frankreich durch die EU zu bezahlen. Deutschland sowie weitere Partner innerhalb der EU müssten so den nuklearen Schuldenstaat vor dem finanzwirtschaftlichen Desaster retten. Allerdings hält sich Deutschland bisher zurück.
- Die bisherige Budgetierung der sechs Atom-Neubauten in Höhe von 52 Mrd.€ ist hochgradig unrealistisch. Die Kosten des EPR von Flamanville (Baubeginn 2007), der auch im Berichtsjahr nicht in Betrieb gehen konnte, belaufen sich nach offiziellen Angaben auf 13,2

Mrd.€, wobei der französische Rechnungshof unter Einrechnung der Finanzierungskosten (Verzinsung der Baukredite) die tatsächlichen Kosten auf 19,2 Mrd.€ veranschlagt hat. Da bis zur Inbetriebnahme weitere Kosten auflaufen, ohne dass ein Verkauf von Elektrizität stattfindet, dürfte die Zahl inzwischen noch höher liegen.

- Bei den Erträgen der EDF aus dem Stromverkauf sieht es ebenfalls düster aus. Nach einer kurzen Preisspitze auf dem Strommarkt nach Beginn des russischen Überfalls auf die Ukraine haben sich die Strompreise in Europa 2023/24 stark zurückgebildet. Immer öfter treten Stunden oder Tage mit negativen Preisen auf, was auch bei den festen Abnahmeverträgen der EDF zu weiterwachsenden Verlusten führen wird.
- Die periodisch auftretenden Hitzewellen im Sommer führen zudem dazu, dass viele Atomanlagen nicht mehr wie früher ganzjährig mit voller Leistung betrieben werden können. In Zukunft dürfte sich auch dieses Problem zuspitzen.

### 4. Schweizer Stromerzeuger wollen keine neuen Beteiligungen

Besonders entlarvend für die wahre Situation von EDF war ein Investitionsaufruf der französischen Regierung an die Schweiz. Die Neue Zürcher Zeitung schrieb am 6. April 2024:

*«Frankreich hält es für opportun, dass sich Länder, die selbst keine neuen AKW bei sich haben wollen, aber gerne Atomstrom aus Frankreich importieren, an den Kosten für den Bau der geplanten neuen AKW in Frankreich beteiligen.» Dieser Satz fällt im Rahmen einer Pressereise an einem Treffen Ende März zwischen europäischen Journalisten und dem französischen Aussenministerium in Paris.*

Die Schweizer Stromkonzerne nahmen dazu Stellung. Wörtlich laut NZZ:

*«...Die grossen Stromkonzerne Alpiq, Axpo und BKW (...) erteilen der Anfrage aus Frankreich eine Absage: Man konzentrierte sich auf den Ausbau der Erneuerbaren, heisst es auf Anfrage der «NZZ am Sonntag» unisono. «Alpiq hat kein Interesse, in Frankreich in neue Kernkraftwerke zu investieren», schreibt ein Sprecher.»*

Diese Antwort deutet darauf hin, dass die Schweizer Strombranche trotz (oder wegen) den noch laufenden Atombezugspflichten aus Frankreich im Umfang von 2300 MW nichts mehr von neuer Atomenergie aus Frankreich wissen will.

Mitverantwortlich für diese Entwicklung mag sein, dass neuerdings die Margen aus dem Handel mit Italien nicht mehr so viel Gewinn hergeben, denn auch in Italien werden die erneuerbaren Energien stark ausgebaut. Man ginge das Risiko ein, unverkäufliche Bandenergie einzukaufen, mit all den finanziellen Konsequenzen, die die EDF derzeit erleidet.

### 5. Neue Atomkraftwerke nur auf Staatskosten

Es gibt weitere Indizien, dass die Atomenergie trotz beständiger Propaganda einer angeblichen «Renaissance» in Wirklichkeit auf immer grössere Widerstände stösst.

- Im Berichtsjahr 2023/24 haben sich die Kosten für neue Solarmodule nochmals halbiert und auch die Kosten für Stromspeicher (Batterien)

befinden sich erneut auf Sinkflug.

- Die britische Regierung will für die finanziellen Verluste im Zusammenhang mit dem AKW-Neubau in Hinkley Point C nicht aufkommen. Es ist ein Streit zwischen den beiden Regierungen entbrannt, wer für die Mehrkosten aufkommen soll.
- Offensichtlich ist Frankreich nicht gewillt oder nicht mehr in der Lage, in Grossbritannien neue Atomkraftwerke zu liefern bzw. zu verkaufen. Nur so ist zu erklären, weshalb Grossbritannien neuerdings Gespräche mit Südkorea führt betreffend Bau einer neuen Anlage in Wylfa (*Financial Times* 11. Mai 2024).

Derweil hat selbst China seine Atompläne zurückgestutzt. Die Stromerzeugung aus Solar- und Windenergie wird dort in einer Geschwindigkeit ausgebaut, die nun der Zusatzproduktion eines neuen Atomkraftwerks pro Woche (!) entspricht.

Gleichermassen an Geschwindigkeit gewonnen hat der Zubau von erneuerbaren Energien in Deutschland. Dort wurden in jüngster Zeit auch Fortschritte beim Netzausbau verzeichnet, dessen Tempo sich verfünffacht hat, nachdem schon der deutsche Atomausstieg im April 2023 zu einem sprunghaften Anstieg des Anteils der erneuerbaren Energien geführt hatte. Letzteres wird teilweise auf den Umstand zurückgeführt, wonach die Stilllegung von alten Atomkraftwerken zuvor blockierte Netz-Kapazitäten in Nord-Süd-Richtung freigab.

Deutschland konnte auch erstmals eine direkte Verknüpfung seines Hochspannungsnetzes mit Belgien vermelden. Auch dies wirkt sich indirekt zuungunsten Frankreichs aus, nämlich während jenen Stunden, wo billige Strom-Überschüsse aus Deutschland die teurere Atomenergie aus Frankreich in Belgien verdrängen wird.

## 6. Situation in Deutschland

### Ein Jahr ohne AKW – gehen jetzt die Lichter aus?

Deutschland hat den Atomausstieg vollzogen. Mitten in einer mehr als komplizierten energiepolitischen Grosswetterlage. Bis zum endgültigen Abschaltdatum, dem 15. April 2023, warnten Vertreter der deutschen Atomlobby davor, ein Winter ohne Atomstrom werde kaum zu überstehen sein oder die Strompreise würden ins Grenzenlose steigen. Ein Jahr nach dem Atomausstieg darf man allenthalben Entwarnung geben: kein Strommangel im Winter, sinkende Strompreise und ein weiterhin sinkender CO<sub>2</sub>-Ausstoss der deutschen Energiewirtschaft. Auf der Kostenseite des Atomausstiegs scheinen die ganz grossen Verwerfungen also ausgeblieben zu sein. Auf der Nutzenseite steht hingegen das Ende der Nutzung einer beispiellosen Hochrisikotechnologie, das Ende der Produktion hochradioaktiver Abfälle und das Ende einer enorm langwierigen und konfliktreichen Abkehr vom Atomstrom.

Neueste Zahlen des Fraunhofer-Instituts für Solare Energiesysteme, das die Datenplattform energy-charts.info betreibt, stimmen zuversichtlich:<sup>1</sup> Die Stromerzeugung der drei letzten deutschen AKW wurde durch die gestiegene Erzeugung durch erneuerbare Energien ersetzt. Selbst die Stromerzeugung aus fossilen Energien ging im ersten Jahr nach dem Atomausstieg zurück. Dieser Rückgang wurde

wiederum durch Stromsparen und Importe kompensiert. Genauso bemerkenswert: Die Strompreise gingen auf das Niveau von 2021 – also auf das Niveau von vor dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine – zurück.

Der Chef der Bundesnetzagentur, Klaus Müller, hat es genau ein Jahr nach der Stilllegung der letzten deutschen AKW wie folgt ausgedrückt: «Erst einmal können wir festhalten, dass die vielfältigen Befürchtungen nicht eingetreten sind. Die Versorgungssicherheit war zu jeder Sekunde gewahrt. Wir haben sogar fallende Großhandelsstrompreise gesehen, [...] und wir haben eine höhere Erzeugung aus erneuerbaren Energien gesehen und damit einen sinkenden CO<sub>2</sub>-Ausstoß.»<sup>2</sup>

Ein Jahr nach dem Atomausstieg lässt sich also eine positive Bilanz ziehen. Dennoch bleibt das stark polarisierte Thema ein Dauerbrenner in der energiepolitischen Debatte. Einerseits in Deutschland selbst, denn hier spielen fossile Energieträger weiterhin eine zu grosse Rolle. Andererseits in Europa, denn der deutsche Atomausstieg hat aktuell kaum das Potenzial, zu einem gesamteuropäischen Vorbild zu werden. Zwar planen auch andere Staaten – etwa Spanien – die endgültige Abkehr vom Atomstrom. Hingegen haben verschiedene osteuropäische Staaten und vor allem die Nation Nucléaire Frankreich, die Gunst der Stunde genutzt, um die Atomenergienutzung wieder salonfähig zu machen. Insbesondere auf Ebene der Europäischen Union nimmt der Druck gegen eine vernünftige, vollumfänglich erneuerbare Energiezukunft wieder zu. Hier gilt es auch für den TRAS ein wachsames Auge offen zu halten und zu mahnen: Das Beispiel Deutschlands hat gezeigt, dass eine Abkehr von der Atomstromproduktion heute realistisch ist und sowohl wirtschaftlich als auch sozial verträglich gestaltet werden kann. Und Deutschland steht mitnichten allein.

Zivilgesellschaft und Politik sind nun aufgerufen, sich verstärkt der Problematik uralter Atomkraftwerke im schweizerischen und französischen Grenzgebiet anzunehmen. Insbesondere wird sich TRAS dafür einsetzen, dass das AKW Beznau keine weiteren Zuschüsse für einen noch längeren Betrieb erhält und dass im Elsass nach der erfolgreichen Stilllegung von Fessenheim keine neuen Reaktoren geplant werden.

### Atomfabrik Lingen – eine Restanz der Atomindustrie?

Gemäss Beschluss der Mitgliederversammlung hat sich der TRAS im Berichtsjahr mit einem Brief an die deutsche Regierung gewandt. Darin hat der Verband gefordert, die Atomfabriken in Gronau und Lingen stillzulegen und die Kooperation mit Russland im Bereich der nuklearen Brennstoffkette zu beenden.

Konkret geht es darum, dass in Lingen auch aus Russland importiertes Uran verarbeitet wird und die entsprechenden Brennelemente dann unter anderem in die Schweiz gelangen, wo sie in Beznau und Leibstadt eingesetzt werden. Weiter hat die französische Firma Framatom, die die Brennelementefabrik in Lingen betreibt, ihre Absicht erklärt, in einer erweiterten Kooperation mit dem russischen Brennstoff-Unternehmen TVEL künftig in Lingen Brennelemente für Reaktoren russischer Bauart herstellen zu wollen.

Die Atomindustrie ist und bleibt ein blinder Fleck im europäischen Sanktionsregime gegen Russland. Grundsätzlich gilt es, nach der Stilllegung der letzten deutschen AKW auch aus den anderen Etappen der nuklearen Brennstoffkette auszusteigen. Insbesondere ist davon abzusehen, mit zusätzlichen Kooperationen die russische Atomindustrie, die komplett in Staatshand ist und

<sup>1</sup> <https://www.ise.fraunhofer.de/de/presse-und-medien/presseinformationen/2024/ein-jahr-ohne-kernkraft-erneuerbare-energien-ausgebaut-fossile-stromerzeugung-deutlich-gesunken.html>

<sup>2</sup> <https://www.ndr.de/nachrichten/info/Bundesnetzagentur-Chef-Versorgungssicherheit-zu-jeder-Sekunde-gewahrt,mueller1672.html>

zivile wie militärische Atomprogramme gleichzeitig verantwortet, zu stärken.

## 7. TRAS Aktivitäten und Situation in der Schweiz

### Misère Nucléaire: Diskussionsveranstaltung

Am 30.6.2023 hat TRAS im Anschluss an seine Jahresversammlung erneut gemeinsam mit der Schweizerischen Energie-Stiftung SES eine Diskussionsveranstaltung ausgerichtet. An der öffentlichen Veranstaltung in Basel nahmen rund 100 Personen teil. In diesem Jahr drehten sich die Beiträge um die AKW-Ausfälle in Frankreich, die 2022 besonders deutlich machten, dass die Abhängigkeit von Atomstrom für die Versorgungssicherheit alles andere als ein Segen ist. Rund ein Viertel des europäischen Stroms – jährlich ungefähr 700 TWh – kommt noch aus AKW. 2022 sind jedoch allein in Frankreich 80 TWh davon ungeplant weggeblieben. Das französische Pannenjahr wirft Fragen auf. Besonders, wenn Politikerinnen und Politiker in Frankreich, aber auch in der Schweiz im Namen der Versorgungssicherheit neue AKW-Debatten starten wollen.

Allem Geschwätz von einer neuen AKW-Offensive zum Trotz ist der Anteil der Atomstromproduktion 2022 richtiggehend eingebrochen und trug noch gerade 9.2% zur weltweiten Stromproduktion bei. In einer Keynote erläuterte Christine Buchheit, Umweltbürgermeisterin der Stadt Freiburg i.Brsg., wie der deutsche Atomausstieg vor dem Hintergrund der europäischen Energie- und Stromdebatte zu verorten ist. Wegen den Ausfällen der französischen AKW habe Deutschland 2022 mehr Strom nach Frankreich exportiert als umgekehrt.

Dr. Christoph Pistner, Abteilungsleiter für Nukleartechnik und Anlagensicherheit am Öko-Institut Darmstadt, hat die französischen AKW-Ausfälle sicherheitstechnisch eingeordnet. Obwohl die Befunde nicht in jedem Fall einfach übertragbar seien, müsse man auch in Zukunft mit bösen Überraschungen rechnen. Die französischen AKW seien – genau wie ihre Schweizer Pendanten – in einem Alter, in dem zunehmend mit der Entdeckung sicherheitsrelevanter Mängel zu rechnen sei. Solche Entdeckungen führen zu massiven Produktionsausfällen und sind ein zunehmendes Problem für die Versorgungssicherheit.

Als Fachreferent für Stromversorgungssicherheit hat Johannes Kemper die Bedeutung von Atomkraftwerken für die Versorgungssicherheit aus der Perspektive der deutschen Bundesnetzagentur beleuchtet. Zwar könne ein einzelner Ausfall eines AKW relativ gut kompensiert werden. Gleichwohl stellten grössere Ausfälle die Netzbetreiber vor Herausforderungen. Hingegen spreche aus seiner Sicht nichts gegen den Verzicht auf Atomkraftwerke. Ein klarer Ausstiegspfad helfe viel mehr dabei, den dadurch entstehenden Herausforderungen planerisch begegnen zu können. Mit etwas Distanz zum Winter 22/23, so waren sich die Referentinnen und Referenten einig, lasse sich festhalten, dass die Abhängigkeit von Atomkraftwerken für die Versorgungssicherheit ein Problem und keine Lösung darstelle.

TRAS unternimmt – insbesondere über die Kooperation mit der Schweizerischen Energie-Stiftung SES, aber auch mit eigenen Sensibilisierungsmassnahmen und Medienarbeit – weiterhin alles in seinen Möglichkeiten stehende, um die falschen Darstellungen und die Angstmacherei rund um den Atomausstieg zu entkräften.

### Die Atom-Initiative kommt zustande

Inzwischen ist die Atom-Initiative, die das gesetzliche Neubauverbot für Atomkraftwerke in der Schweiz mittels Verfassungsänderung aufheben möchte, eingereicht. Mehr

als 100'000 Schweizerinnen und Schweizer haben ihre Unterschrift unter die Forderung gesetzt, energiepolitisch in die 1970er Jahre zurückzukehren. Wissenschaft und Wirtschaft sind sich längst einig, dass eine Rückkehr der Schweiz zu einer AKW-basierten Energiepolitik nicht in Frage kommen darf: Um im Klimaschutz voranzukommen, muss die Elektrifizierung rasch vorankommen und dafür braucht es sauberen Strom. Nicht erst in 20 oder 30 Jahren, nicht für Kosten, die heute kein Unternehmen auch nur ansatzweise tragen würde und schon gar nicht mithilfe einer Technologie, die die Umwelt im In- und Ausland massiv belastet, unvergleichliche Risiken birgt und hochgiftigen Abfall produziert.

Obwohl die Faktenlage klar ist, hat die atomenergiefreie Zukunft seit dem vergangenen Jahr in der Schweiz einen noch schwereren Stand als vorher. Der neue Energieminister und ein deutlich nach rechts gerücktes Parlament proben den Aufstand gegen den vom Stimmvolk beschlossenen Ausstieg aus der Atomenergie. Finanziert von einer milliarden schweren AKW-begeisterten Familie und unter Applaus populistischer Gegner der Erneuerbaren, fährt ein Initiativkomitee das wohl schwerste Geschütz der direkten Demokratie auf und versucht die Atomindustrie mit einer Verfassungsänderung zu retten. Der zivilgesellschaftliche Rückhalt der Atom-Initiative ist bescheiden, aber die finanziellen Möglichkeiten der Atomlobby und ihre Entschlossenheit sind schier unbegrenzt.

Klar ist, dass ein Atomrevival in der Schweiz dem Ausbau der Erneuerbaren den Stecker ziehen würde. Ebenso klar ist, dass die Atomträumereien platzen, wenn die Energiewende mit immer mehr Tempo vorangeht, was sich in jüngster Zeit – mit sechsmal höheren Zubauraten an Photovoltaik als noch vor fünf Jahren – deutlich abzeichnet.

Es erstaunt deshalb nicht, dass die Rufe nach neuen Atomkraftwerken aus derselben Richtung kommen, wie die Angriffe auf die Erneuerbaren. Als trinationaler Verband hat TRAS eine wichtige Scharnierfunktion zwischen den Staaten inne. Es tut dringend Not, dass TRAS die Probleme und Risiken der Schweizer Atompolitik über die Grenzen hinaus bekannt macht und dazu beiträgt, auch in Deutschland Widerstand gegen geplante Endloslaufzeiten oder gar gegen eine Aufhebung des Neubauverbots in der Schweiz zu unterstützen. Atomschutzinteressen sind immer grenzüberschreitend und als grenzüberschreitender Verband kann und soll sich TRAS diesen weiterhin annehmen.

### Umweltprüfung für Leibstadt

Die Schweiz hat sich unter den Aarhus- und ESPOO-Konventionen dazu verpflichtet, nachteilige und grenzüberschreitende Umweltauswirkungen zu überwachen und zu verhindern. Dieses Jahr wird das Kernkraftwerk Leibstadt in den Langzeitbetrieb (40+ Jahre) übergehen, der eigentlich «Überzeitbetrieb» genannt werden sollte. Die Schweiz betreibt den ältesten AKW-Park der Welt und – obwohl noch vor wenigen Jahren ein Ende der AKW-Betriebszeit nach jeweils 50 Betriebsjahren in Aussicht gestellt wurde, diskutiert man heute über 60 bis 80 Jahre – freilich ohne dass es irgendwo auf der Welt entsprechende Erfahrungen gäbe. Dies stellt ein unvermeidliches Restrisiko für katastrophale Unfälle mit riesigem Schadenspotenzial dar. 15 Anwohnerinnen und Anwohner aus Deutschland und der Schweiz fordern darum jetzt ein, wozu sich die Schweiz verpflichtet, sich aber mit Ausreden wieder von dieser Verpflichtung entbunden geglaubt zu haben: eine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP), und damit die Konsultation der betroffenen Bevölkerung. TRAS unterstützt das Anliegen der Klägerinnen und Kläger zusammen mit der Schweizerischen Energie-Stiftung SES und Greenpeace.

Aktuell entsteht der Eindruck, dass die Laufzeiten der Schweizer AKW beliebig gestreckt werden könnten. Ein immer längerer Betrieb hat aber Konsequenzen für Mensch

und Umwelt. Nebst massiv mehr hochradioaktiven Abfällen oder der zusätzlichen Belastung von Gewässern durch Kühlwasser etc. ragt das Risiko eines schweren AKW-Unfalls heraus: In den zehnjährlichen Sicherheitsüberprüfungen werden keine Worst-Case-Szenarien durchexerziert. Unfälle mit schwerwiegenden Umweltfolgen existieren nur als (Un-)wahrscheinlichkeitsrechnungen. Auch die Risikoanalyse des Bundesamts für Bevölkerungsschutz ist nicht auf den Worst-Case ausgerichtet.

Im Zuge einer vollständigen Umweltverträglichkeitsprüfung müssten die AKW-Betreiber endlich Rechenschaft darüber ablegen, was ein schwerer Unfall für Mensch und Umwelt für Konsequenzen hätte. Mindestens genauso wichtig ist aber, dass in einer UVP auch ein sogenanntes Null-Szenario diskutiert würde: Was wäre, wenn man auf den Weiterbetrieb des AKW verzichtete? Heute ist klar, dass die

Stromversorgung der Schweiz mittelfristig auf Sonnen- und Wasserkraft basieren wird. Der Zubau der Photovoltaik geht immer schneller voran und wird – bei einem Ja zum Stromgesetz am 9. Juni – zusätzlich beschleunigt. In einer UVP müsste ein AKW-Betreiber also darlegen, dass der Weiterbetrieb eines 40-jährigen Atomkraftwerks die beste Lösung für die Umwelt sei.

Die Liste mit Gründen, die für die Unterstützung der Klage für eine UVP des AKW Leibstadt sprechen, ist noch weit länger. Allein die Tatsache, dass sich die Betreiber – mit Rückendeckung der zuständigen Behörden – vehement gegen die UVP-Pflicht wehren, spricht Bände. Eine Anlage, deren Betreiber ihren Umwelteinfluss nicht detailliert prüfen und offenlegen wollen, ist kaum so umweltfreundlich, wie die zuletzt immer plumper vorgetragene Atompropaganda gerne glauben machen würde.

## 8. Zahl der Mitgliedschaften

Die Zahl der Gemeindemitglieder betrug im April 2024 80, jene der Organisationen 54 (inkl. Landkreise und Kirchgemeinden) und die Zahl der Einzelmitglieder beträgt 99.

Die Zusammensetzung der Mitglieder auf einen Blick:

Politische Gemeinden (inkl. Landkreise)	80
Organisationen (inkl. Kirchgemeinden)	54
Einzel- und Familienmitglieder	99

Der Verband mit seinen angeschlossenen Gemeinden (inkl. Basel-Stadt) repräsentiert eine Einwohnerzahl von rund einer Million Menschen.

### Liste der TRAS-Mitglieder / Kategorie Politische Gemeinden

18 Schweiz, 61 Deutschland, 1 Frankreich

Land	PLZ	Ort
DE	79677	Aitern
DE	79280	Au
DE	79415	Bad Bellingen
DE	79189	Bad Krozingen
DE	79410	Badenweiler
DE	79351	Bahlingen
DE	79282	Ballrechten-Dottingen
DE	79589	Binzen
DE	79283	Bollschweil
DE	79268	Bötzingen
DE	79206	Breisach
DE	79256	Buchenbach
DE	79426	Buggingen
DE	79211	Denzlingen
DE	79285	Ebringen
DE	79588	Efringen-Kirchen
DE	79238	Ehrenkirchen
DE	79356	Eichstetten
DE	79591	Eimeldingen
DE	79312	Emmendingen
DE	79346	Endingen
DE	79868	Feldberg
DE	79592	Fischingen
DE	79106	Freiburg im Breisgau
DE	79288	Gottenheim
DE	79639	Grenzach-Wyhlen
DE	79194	Gundelfingen

Land	PLZ	Ort
DE	79423	Heitersheim
DE	79194	Heuweiler
DE	79289	Horben
DE	79241	Ihringen
DE	79199	Kirchzarten
DE	79539	Lörrach
DE	79539	Lörrach (Landkreis)
DE	79429	Malsburg-Marzell
DE	79364	Malterdingen
DE	79232	March
DE	79291	Merdingen
DE	79249	Merzhausen
DE	79244	Münstertal
DE	79292	Pfaffenweiler
DE	79276	Reute
DE	79361	Sasbach
DE	79227	Schallstadt
DE	79416	Schliengen
DE	79677	Schönau im Schwarzwald
DE	79641	Schopfheim
DE	79350	Sexau
DE	79294	Sölden
DE	79271	St. Peter
DE	79219	Staufen
DE	79295	Sulzburg
DE	79331	Teningen
DE	79224	Umkirch

Land	PLZ	Ort
DE	79235	Vogtsburg
DE	79279	Vörstetten
DE	79183	Waldkirch
DE	79367	Weisweil
DE	79677	Wembach
DE	79297	Winden
DE	79369	Wyhl
F	67600	Muttersholtz
CH	4123	Allschwil
CH	4102	Binningen
CH	4433	Ramlinsburg
CH	4494	Oltingen
CH	4462	Rickenbach
CH	4450	Sissach
CH	4105	Biel-Benken
CH	2827	Schelten
CH	4125	Riehen
CH	4153	Reinach
CH	4103	Bottmingen
CH	4117	Burg im Leimental
CH	4460	Gelterkinden
CH	4106	Therwil
CH	4143	Dornach
CH	4438	Langenbruck
CH	4456	Tenniken
CH	4107	Ettingen

## 9. Zusammensetzung des Vorstands

Der TRAS-Vorstand setzte sich im Berichtsjahr wie folgt zusammen:

### aus der Schweiz

Irène Kälin (Präsidentin), Nationalrätin Grüne AG  
Prof. Dr. em. Jürg Stöcklin (Ehrenpräsident), ehem. Grossrat Grüne BS  
Dr. Rudolf Rechsteiner (Vize-Präsident), alt Nationalrat SP  
Nils Epprecht, Geschäftsleiter Schweizerische Energie-Stiftung  
Andreas Fischer, Grossrat Grüne AG

### aus Frankreich

Claude Ledergerber, (Vize-Präsident), Mitglied CLIS und CSFR  
Dr. Jean-Marie Brom, Sortir du nucléaire  
Suzanne Rousselot, Stop Fessenheim

### aus Deutschland

Stefan Auchter, (Vize-Präsident) Geschäftsführer BUND Freiburg  
Bürgermeisterin Christine Buchheit, Freiburg (D)  
Axel Mayer, ehem. Geschäftsführer BUND  
Jean Paul Lacôte, Mitglied CLIS und SPD  
Bürgermeister Harald Lotis, Bahlingen, parteilos  
Heinz Wolfgang Spranger, Gemeinderat Ballrechten-Dottingen, CDU  
Dr. Klaus von Zahn, Leiter Umweltschutzamt Freiburg (D) / mit beratender Stimme

### Delegierte des Kantons Basel-Stadt

Dr. Yves Parrat, Kantonschemiker, Gesundheitsdepartement / mit beratender Stimme  
Beisitzer: Dr. Samuel Mock, Abt. Gesundheitsschutz Basel-Stadt / mit beratender Stimme

Allen Vorstandsmitgliedern und den Delegierten mit beratender Stimme des Kantons Basel-Stadt und der Stadt Freiburg sei an dieser Stelle für die Zusammenarbeit herzlich gedankt.

Im Namen des Vorstands, die Präsidentin



Irène Kälin                      Basel, im Mai 2024